

Wie Lebenshaltungskosten die Ungleichheit verschärfen

Oliver Hümbelin¹, Rudolf Farys² & Ben Jann²

¹ Berner Fachhochschule

² Universität Bern

Social Change in Switzerland N°37

Mai 2024

Die Schriftenreihe **Social Change in Switzerland** dokumentiert laufend die gesellschaftlichen Entwicklungen in der Schweiz. Die Reihe wird gemeinsam herausgegeben vom Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS und vom Schweizer Kompetenzzentrum für Lebenslaufforschung LIVES an der Universität Lausanne. Ziel der Reihe ist es, Veränderungen bezüglich Arbeit, Familie, Einkommen, Mobilität, Stimmrecht oder Geschlechterverhältnissen aufzuzeigen. Die Beiträge beruhen auf wissenschaftlichen Untersuchungen und richten sich an ein breiteres Publikum.

Haupterausgeber

Daniel Oesch, LIVES, Universität Lausanne

Herausgeberrat

Felix Bühlmann, LIVES, Universität Lausanne

Dominique Joye, LIVES, Universität Lausanne

Gina-Julia Westenberger, LIVES, Universität Lausanne

Ursina Kuhn, FORS

Catia Luperto, LIVES, Universität Lausanne

Monika Vettovaglia, FORS

Boris Wernli, FORS

FORS
Géopolis
1015 Lausanne
www.socialchangeswitzerland.ch
Contact: info@socialchangeswitzerland.ch

Elektronische Referenz

Hümbelin, O., Farys, R., & Jann, B. (2024). Wie Lebenshaltungskosten die Ungleichheit verschärfen. *Social Change in Switzerland*, N°37. doi: 10.22019/SC-2024-00002

Copyright



Creative Commons: Attribution CC BY 4.0. Der Inhalt unter der Creative-Commons-Lizenz darf von Drittpersonen unter den folgenden, von den Autoren definierten Bedingungen verwendet werden: Sie dürfen das Material teilen, kopieren, frei nutzen und in jeder Form verbreiten, unter der Bedingung, dass die Urheberschaft dabei genannt wird.

Zusammenfassung

Auslagen für das tägliche Leben belasten die Haushalte in Abhängigkeit ihrer finanziellen Lage unterschiedlich stark. Lebenshaltungskosten sind also ein wichtiger Faktor zur Beurteilung von Ungleichheitsstrukturen, der jedoch oft zu wenig beachtet wird. Auf der Basis von Daten sechs bevölkerungsreicher Kantone analysiert diese Studie die Bedeutung der Lebenshaltungskosten für die Ungleichheit in der Schweiz. Die Ergebnisse zeigen, dass die Belastung durch Kosten für Güter des täglichen Bedarfs, Wohnkosten, Krankenkassenprämien und direkte Steuern je nach Einkommen eines Haushalts sehr unterschiedlich ausfällt. Das einkommensschwächste Dezil der Bevölkerung gibt 82 Prozent seines Einkommens zur Deckung der Grundbedürfnisse aus, während das oberste Dezil kaum durch Auslagen des täglichen Lebens belastet wird, dafür aber einen deutlich grösseren Einkommensanteil für direkte Steuern aufwendet. Unter dem Strich ist mit Lebenshaltungskosten eine erhebliche Verschärfung der Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen verbunden. Diese Mechanismen sind in den untersuchten Kantonen ähnlich, unterscheiden sich jedoch in Bezug auf den Einfluss von Krankenkassenprämien und Steuern.

Einleitung

Ökonomische Ungleichheitsstudien konzentrieren sich in der Regel auf Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Lebenshaltungskosten werden dabei häufig vernachlässigt, obwohl letzten Endes die mit Geld verbundenen Konsummöglichkeiten den relevanten Massstab für eine wirtschaftliche Wohlfahrtsanalyse darstellen (OECD, 2013; United Nations, 2011). Der Einbezug der Lebenshaltungskosten ist für die Schweiz besonders relevant. Gemäss Eurostat ist die Schweiz innerhalb der EU das Land mit den höchsten Löhnen. So bezieht eine Person in der Schweiz im Durchschnitt 107'000 € Jahresnettolohn und die Lücke zum zweitplatzierten Island ist mit rund 82'000€ beträchtlich (Eurostat, 2023a; Lahiri, 2023). Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten in der Schweiz enorm. Das Preisniveau für Haushaltsausgaben liegt in der Schweiz rund 75 Prozent über dem EU-Durchschnitt (Eurostat, 2023b). Auch bezüglich Lebenshaltungskosten nimmt die Schweiz also einen Spitzenplatz ein, was die hohen Gehälter etwas relativiert.

Der schweizerischen Haushaltsbudgeterhebung (HABE) kann weiter entnommen werden, welche Ausgaben die Budgets der Schweizer Bevölkerung besonders belasten (BFS, 2023). Den grössten Teil wendet ein Schweizer Haushalt für Wohnen und Energie auf – im Durchschnitt 14 Prozent des Bruttoeinkommens. Den zweitgrössten Kostenposten stellen direkte Steuern mit 12 Prozent dar, gefolgt von den Krankenkassenprämien der Grundversicherung (7 Prozent). Danach folgen weitere Ausgaben wie Nahrungsmittel (6.8 Prozent), Verkehr (6.8 Prozent), Unterhaltung und Kultur (4.1 Prozent) sowie Bekleidung (1.5 Prozent). Im Durchschnitt bleiben einem Schweizer Haushalt 17.5 Prozent des Bruttoeinkommens zur freien Verfügung. Dieser Durchschnittswert gibt allerdings keinen Aufschluss darüber, wie sich die Belastung durch Lebenshaltungskosten und der frei verfügbare Betrag nach Einkommensklasse unterscheiden und welche Konsequenzen dies für die ökonomische Ungleichheit in der Schweiz hat.

Lebenshaltungskosten in Ungleichheitsstudien

Studien aus den USA (Albouy et al., 2016; Argente & Lee, 2021) oder aus Deutschland (Kröger et al., 2022; Priem et al. 2022) zeigen, dass die Lebenshaltungskosten aus einer Ungleichheitsperspektive höchst relevant sind. Zudem hat das Interesse an diesen Zusammenhängen aufgrund der ausgeprägten Inflation (OECD, 2022) in den letzten Jahren stark zugenommen. So deuten die bislang zur Verfügung stehenden Statistiken und Studien darauf hin, dass einkommensschwache Bevölkerungsgruppen von der Inflation besonders stark getroffen wurden.

Für die Schweiz liegen dazu bisher nur wenig Studien vor. Auch hierzulande ist seit 2021 eine Erhöhung des Preisniveaus mit jährlichen Wachstumsraten zwischen 1 bis 3.5 Prozent zu beobachten (BFS, 2024a), die im Vergleich zum Euroraum zwar deutlich gemässiger ausfiel, über die Jahre kumuliert aber ebenfalls zu einer Steigerung der Lebenshaltungskosten geführt hat. Der Verteilungsbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbund 2023 macht auf zwei weitere Entwicklungen aufmerksam (Lampart et al., 2023). Erstens ist gemäss der Eidgenössischen Steuerverwaltung die Steuerlast seit 1984 im mittleren Einkommensbereich mit rund 13 Prozent des Jahreseinkommens konstant geblieben, bei den sehr hohen Einkommen (ab einer Million) war jedoch ein Rückgang von knapp 39 Prozent auf 32.5 Prozent zu beobachten. Die letzten Jahrzehnte waren also mit einer ungleichen Entlastung bei den Steuern verbunden. Zweitens zeigt die Krankenkassenstatistik des Bundesamts für Gesundheitswesen (BAG) seit 1997 eine Zunahme der Realkosten der durchschnittlichen Krankenkassenprämien von über 140 Prozent, während die Entlastung durch Prämienverbilligungen nur um 41 Prozent zugenommen hat und somit deutlich hinter der Kostensteigerung der Krankenkassenprämien zurückblieb. Dies spiegelt sich auch in der Ungleichheit der verfügbaren Äquivalenzeinkommen gemäss der HABE-Statistik wider, welche auch die mit direkten Steuern und Krankenkassenprämien verbundenen Ungleichheitseffekte erfasst (BFS, 2024c) und von 2001 bis 2021 eine Zunahme der Ungleichheit von 26 auf 30 Gini-Punkte ausweist.

In der langen Sicht fällt zudem das stetige Wachstum der Mietkosten auf (BFS, 2024b), die in der Ungleichheitsberechnung des BFS nicht berücksichtigt werden. Von 2016 bis 2023 sind die Mietkosten um

rund 8 Prozent gestiegen – wohlgermerkt in einem Umfeld mit sinkendem Referenzzinssatz, was der Zunahme der Wohnkosten entgegenwirkte (BWO, 2023). Der hypothekarische Referenzzinssatz ist im Jahr 2023 zweimal angestiegen, was sich direkt in weiteren Zunahmen der Mietkosten niederschlagen wird.

Weitere Studien weisen darauf hin, dass sich solche Entwicklungen innerhalb eines Landes erheblich unterscheiden können. Beispielsweise haben Azzoni und Servo (2002) für Brasilien und Hillringhaus und Peichl (2010) für Deutschland aufgezeigt, dass die Vernachlässigung von regional unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in der Regel mit einer Überschätzung ökonomischer Ungleichheit verbunden ist, da in wirtschaftlich starken Regionen in der Tendenz höhere Löhne bezahlt werden, aber auch höhere Lebenshaltungskosten anfallen als in wirtschaftlich schwachen Regionen. Solche Zusammenhänge wird es auch in der Schweiz geben. Simulationsrechnungen deuten darauf hin, dass in ländlichen Kantonen wie Uri und Glarus die Haushaltsbudgets aufgrund niedriger Wohnkosten und Steuern weniger belastet werden als in städtischen Kantonen wie Genf und Basel-Stadt, wo besonders die Wohnkosten hoch sind (Schübach et al., 2021). Unterschiede ergeben sich auch bei der Ausgestaltung der föderal organisierten Instrumente des Wohlfahrtsstaats, namentlich bei den direkten Steuern und Prämienverbilligungen (Hümbelin, Farys, Jann, et al., 2021).

Während Studien aus anderen Ländern auf die Wichtigkeit der Lebenshaltungskosten zur Beurteilung der ökonomischen Unterschiede hinweisen, liegt für die Schweiz bisher keine umfassende Studie vor. Vor diesem Hintergrund leiten wir zunächst her, wie Lebenshaltungskosten in eine ökonomische Ungleichheitsanalyse aufgenommen werden können und berechnen anschliessend auf der Basis von verknüpften Steuerdaten aus sechs großen Schweizer Kantonen die damit verbundenen Auswirkungen auf die Ungleichheit. Ein Vergleich der Einkommensungleichheit vor und nach Abzug der Lebenshaltungskosten zeigt einen Anstieg des Gini-Koeffizienten um 10,9 Punkte. Lebenshaltungskosten sind also mit einer deutlichen Verschärfung der ökonomischen Ungleichheit verbunden. Die kantonale Ausgestaltung von Steuern und Prämienverbilligungssystem federn diese Mechanismen zwar ab, verstärken aber die regionalen Unterschiede innerhalb der Schweiz.

Daten

Für die Analysen stützen wir uns auf verknüpfte Steuerdaten. Dies ist eine valide Möglichkeit, die finanziellen Verhältnisse aller Bevölkerungsschichten zu messen (Hümbelin & Farys, 2016). Konkret nutzen wir Daten der Kantone Aargau, Bern, Genf, Luzern, St. Gallen und Wallis für das Jahr 2015, die im Zuge der WiSiER-Erhebung aufbereitet und harmonisiert wurden (Wanner, 2019). Diese Daten haben wir im inequalities-Projekt¹ mit Individualinformationen zu direkten Steuern, Krankenkassenprämienverbilligungen und weiteren kantonsspezifischen Leistungen ergänzt. Die Analysen führen wir auf Personen im Erwerbsalter und deren Kinder durch (d.h., Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren). Wir können so die finanzielle Situation von über 3 Millionen Personen abbilden, was rund 45% der Bevölkerung der Schweiz unter 65 Jahren entspricht. Aufgrund der Verknüpfung mit dem Bevölkerungsregister ist es möglich, Haushaltseinkommen zu bilden. Für alle Haushaltsmitglieder liegen sämtliche um steuerliche Abzüge bereinigten Nettoeinkommen aus selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit sowie Vermögenseinkünfte vor. Zudem stehen Informationen zu den Auszahlungen aus Sozialversicherungen und privaten Transfers zwischen Haushalten zur Verfügung. Auch Bedarfsleistungen wie die wirtschaftliche Sozialhilfe u.ä. sind bekannt.²

Mit Ausnahme der bezahlten direkten Steuern liegen die Informationen zu den tatsächlichen individuellen Lebenshaltungskosten in der Schweiz nicht flächendeckend vor und können entsprechend nicht direkt mit den Einkommensdaten verknüpft werden. In den nachfolgenden Analysen leiten wir deswegen die *minimalen Lebenshaltungskosten* entsprechend eines Lebensstandards her, der für ein Leben in der

¹ <https://inequalities.unibe.ch/>

² Weiterführende Informationen zur Datenbasis und den relevanten Einkommensdefinitionen finden sich in Hümbelin et al. (2023)

Schweiz im Minimum nötig ist, und orientieren uns dabei an den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Das heisst, wir bilden nicht die effektiven Auslagen der Haushalte ab, sondern definieren notwendige Auslagen entsprechend dem Existenzminimum. Zudem bilden die nachfolgend aufgeführten minimalen Auslagen die grössten Kostenposten ab, die für einen Haushalt in der Schweiz anfallen.

Alltagsauslagen: Hierfür stützen wir uns auf den Grundbedarf gemäss SKOS-Richtlinien, der sich für einen Einpersonenhaushalt auf monatlich CHF 986 beläuft (im Jahr 2015). Für jede weitere Person im Haushalt verringert sich der Mehrbetrag pro Person, basierend auf der SKOS-Äquivalenzskala. Beispielsweise beträgt der Grundbedarf für zwei Personen CHF 1'509. Der in den SKOS-Richtlinien festgehaltene Grundbedarf soll den gesamten Lebensunterhalt exklusive Kosten für Wohnen und Gesundheit decken. Stutz et al. (2018) haben das Niveau des Grundbedarfs in der Sozialhilfe bewertet und heben hervor, dass die Lebensmittelausgaben und die tatsächlichen Transportkosten unterschätzt werden und dass bei Grundbedürfnissen, die weitgehend fixer Natur sind, kaum Einsparpotenziale bestehen, ohne dass starke Einschränkungen wie etwa gesundheitliche Risiken in Kauf genommen werden müssen. Das heisst, dass wir von einem absoluten Minimalstandard ausgehen.

Wohnkosten: Die Wohnkosten schätzen wir mit Hilfe der Strukturhebung, die Teil des Volkszählungssystems und die einzige Quelle zu den in der Schweiz gezahlten Nettomieten ist (BFS, 2024). Besonders hoch sind die Mieten in wirtschaftsstarken Ballungszentren und deren Umland. Dies zeigt sich in Regionen wie dem Grossraum Zürich, Genf, dem Kanton Waadt und der Region Basel. Im Gegensatz dazu weisen Gebiete wie der Kanton Jura und einzelne Neuenburger Regionen ein unterdurchschnittliches Mietniveau auf. Für die nachfolgenden Analysen stehen uns Informationen von rund 191'000 Beobachtungen zur Verfügung (gepoolter Datensatz 2011–2015). Auf dieser Basis entwickeln wir ein statistisches Modell, das ortsübliche Mieten für jede Gemeinde schätzt. Das Modell nutzt die Haushaltsgröße und das Durchschnittseinkommen jeder Gemeinde, um die in der Strukturhebung erfassten Mieten vorherzusagen. Mithilfe der Modellparameter bestimmen wir dann den erwarteten 20%-Perzentilswert für die lokale Miete. Das heisst, wir berechnen für jede Gemeinde ein günstiges Wohnniveau, das unter der jeweiligen Durchschnittsmiete liegt. Für die Analysen rechnen wir zu den Nettomieten eine Pauschale von 20% für die Nebenkosten an, was gemäss HABE-Statistik den durchschnittlichen Ausgaben eines Schweizer Haushaltes entspricht.

Prämien der obligatorischen Krankenversicherung: Um die altersspezifische durchschnittliche Prämienbelastung zu ermitteln, nutzen wir Statistiken des BAG. Die Prämienhöhe hängt neben individuellen Faktoren wie dem Alter und der gewählten Selbstbeteiligung auch vom Wohnort ab. Unter den sechs untersuchten Kantonen weisen die Kantone Bern (durchschnittlich 374 Franken pro Monat) und Genf (420 Franken pro Monat) besonders hohe Ausgaben für Krankenversicherungsprämien auf. Deutlich tiefer sind die Kosten in den Kantonen Wallis (CHF 301), Luzern (CHF 313), Aargau (CHF 320) und St. Gallen (CHF 328). Generell sind die Krankenkassenprämien im Tessin und in der Westschweiz höher, insbesondere im Vergleich zur Zentralschweiz. Wir verwenden die gemeinde- und altersabhängigen Kosten für die Krankenversicherung gemäss BAG, wenden jedoch einen Rabatt von 10 Prozent pro Person an, was die Erwartung der Sozialbehörden an die Leistungsempfänger widerspiegelt, sich für eine kostengünstigere Krankenversicherung zu entscheiden.

Gleichzeitig bietet das Schweizer System eine gezielte Entlastung der Versicherten durch *individuelle Prämienverbilligungsbeiträge (IPV)*, die von den Kantonen ausgeschüttet werden. Die Kantone legen konkrete Anspruchsvoraussetzungen fest, entscheiden über die Beträge und legen die Abläufe und Auszahlungsmodalitäten fest. Diese kantonspezifischen Prämienverbilligungen berücksichtigen wir anhand der tatsächlichen Auszahlungsdaten der kantonalen Behörden. Hierbei gibt es kantonale Unterschiede: Bern bietet relativ vielen Menschen Leistungen, allerdings auf vergleichsweise tieferem Niveau, während Genf deutlich höhere Leistungen vorsieht.

Direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen: Um die Auswirkungen direkter Steuern abzuschätzen, können wir, wie erwähnt, direkt auf die tatsächlich gezahlten Steuerbeträge zurückgreifen. Im Kanton Genf fällt im Mittel ein Betrag von 24'500 CHF an. Auch im Kanton Bern fällt im Mittel ein vergleichsweise hoher Steuerbetrag von 14'400 CHF an, während die Steuerbeträge in den Kantonen Wallis (11'800 CHF) und Aargau (11'400 CHF) etwas tiefer ausfallen. Dies ist einerseits auf die unterschiedliche Einkommensstruktur und andererseits auf die unterschiedliche Ausgestaltung des Steuersystems zurückzuführen. Die kantonalen Steuersätze sowie die zulässigen Steuerabzüge unterscheiden sich erheblich (Hümbelin, Farys, Jann, et al., 2021; Hümbelin, Farys, & Richard, 2021; Hümbelin & Farys, 2018; SSK CSI & ESTV, 2021).

Methoden und Analysestrategie

Mit Hilfe zweier Analysetechniken quantifizieren wir die Belastung von Lebenshaltungskosten für Haushalte in unterschiedlichen Einkommensklassen und die damit verbundene Auswirkung auf Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen. Dabei führen wir die Analysen zunächst zusammengefasst über die sechs Kantone durch. Ein weiterer Analyseschritt schlüsselt die Auswertungen nach Kantonen auf.

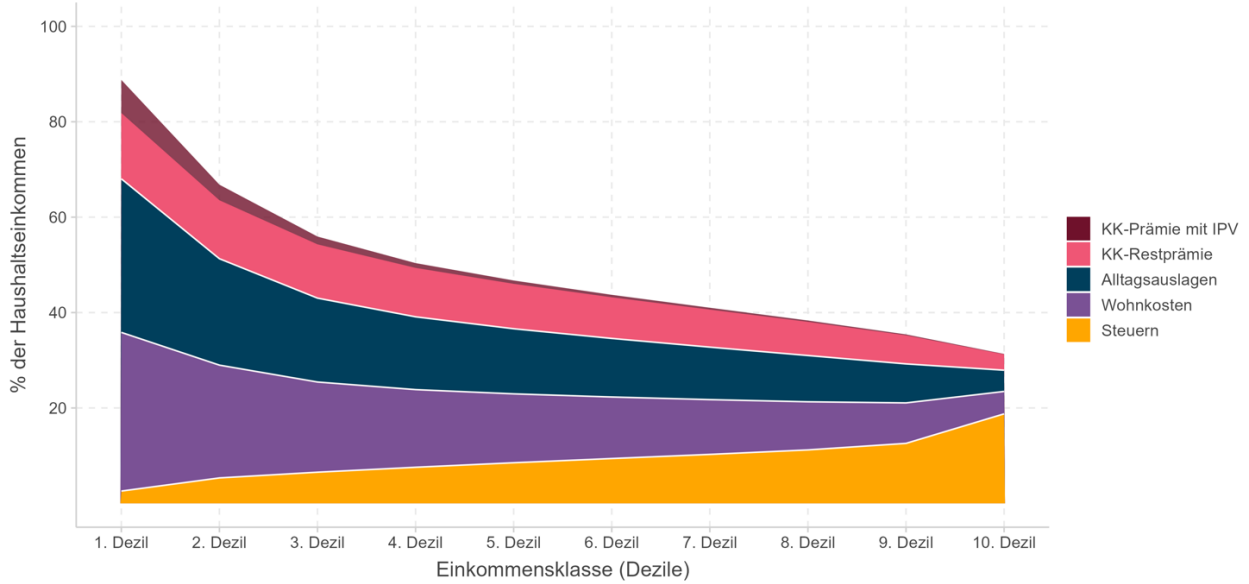
Einkommensbezogene Belastung durch Lebenshaltungskosten: Wir berechnen die anteilige Belastung der Haushaltseinkommen durch die einzelnen Kostenpositionen für unterschiedliche Einkommensklassen. In den nachfolgenden Abbildungen 1 und 3 ist die Belastung durch Lebenshaltungskosten als Prozentwert des gesamten Haushaltseinkommens auf der vertikalen Achse ausgewiesen, während die Einkommensklassen auf der horizontalen Achse zu finden sind. Diese sind als Einkommensdezile aus den Haushaltsäquivalenzeinkommen vor Bedarfsleistungen gebildet, weil anhand der Einkommen vor Bedarfsleistungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Haushaltes am besten abgebildet wird. Die einkommensschwachen Haushalte befinden sich in der Grafik links, während die einkommensstärksten Gruppen rechts zu finden sind.

Vergleich von Gini-Koeffizienten: Wir verwenden den Gini-Koeffizienten als Mass für die Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient nimmt den Wert 100 bei absoluter Ungleichverteilung und den Wert 0 bei einer Gleichverteilung an. Durch die Gegenüberstellung des Gini-Koeffizienten der Einkommen vor und nach Berücksichtigung der einzelnen Kostenpositionen können wir die Verschiebung der Ungleichheit als Folge der Lebenshaltungskosten quantifizieren. Fällt der Gini-Koeffizient (vertikale Achse) höher aus, entspricht dies einer Zunahme der Ungleichheit, während ein Rückgang des Gini-Koeffizienten einer Reduktion der Ungleichheit entspricht.

Ungleichheitseffekte von Lebenshaltungskosten

Abbildung 1 zeigt, dass die einkommensschwächsten 10 % der Bevölkerung erheblich durch Ausgaben für den täglichen Bedarf sowie durch Wohnkosten belastet sind. Etwa ein Drittel ihres Einkommens wird für Güter des täglichen Bedarfs aufgewendet (Alltagsauslagen), ein weiteres Drittel deckt die Wohnkosten ab. Auf Grund der Steuerprogression, werden tiefe Einkommen durch Steuern kaum belastet. Allerdings besteht in vielen Kantonen keine Steuerbefreiung des Existenzminimums. Die Gruppe mit dem niedrigsten Einkommen wendet 3% ihres Einkommens für Steuern auf. Auch die Krankenversicherungsprämien fallen ins Gewicht. Die einkommensschwächste Gruppe wendet 21 % dafür auf, davon wird ein Drittel durch individuelle Prämienverbilligungen (IPV) aufgefangen. Diese Entlastung nimmt mit steigendem Einkommen ab, erstreckt sich aber auch auf mittlere Einkommensschichten. Insgesamt verwendet die unterste Einkommensgruppe etwa 82% ihres Haushaltseinkommens zur Bestreitung der minimalen Lebenshaltungskosten. Die finanzielle Belastung durch Mindestlebenshaltungskosten nimmt mit steigendem Einkommen ab. Die 10% der Spitzenverdiener wenden etwa 31% ihres Einkommens für Lebenshaltungskosten auf. Davon machen Steuern mit 19% den größten Anteil aus, während die laufenden Ausgaben für den täglichen Bedarf (4,5%), Krankenversicherungsprämien (3%) und Wohnen (4,5%) – ausgerichtet an einem Mindestlebensstandard – nur 12% ausmachen.

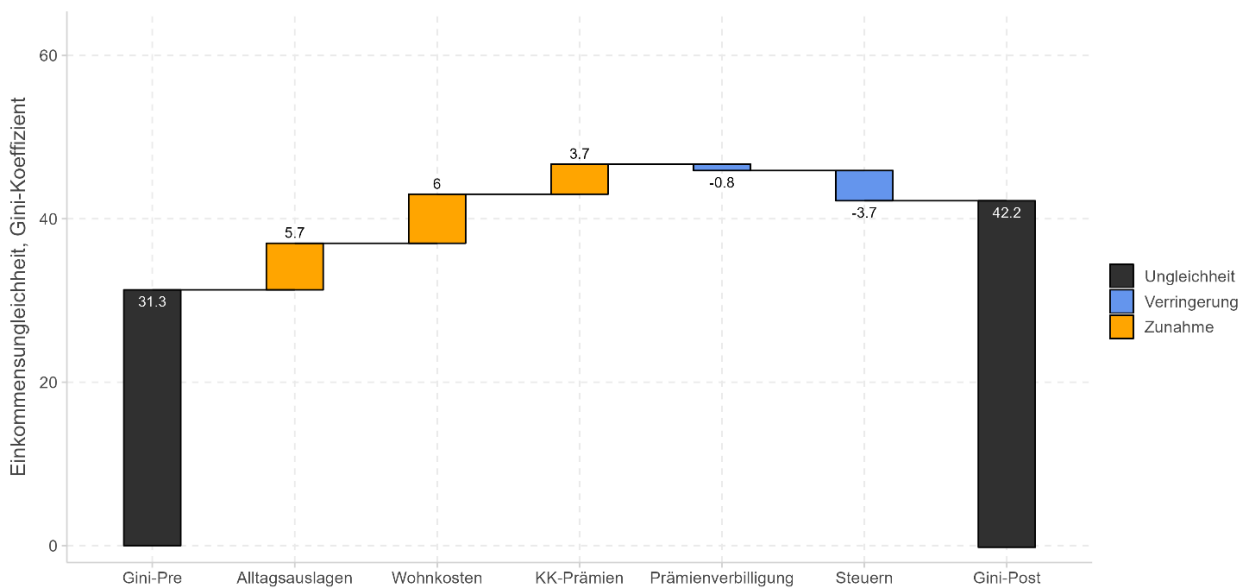
Abbildung 1: Belastung der Haushaltseinkommen durch Lebenshaltungskosten



Daten: WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE) verknüpft mit weiteren Informationen, eigene Berechnungen

Der Einbezug der Lebenshaltungskosten führt zu einem deutlichen Anstieg der Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen (siehe Abbildung 2). Der Gini-Koeffizient ändert sich von 31,3 vor Berücksichtigung dieser Ausgaben auf 42,2 nach Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten. Dabei fallen die Kosten für Alltagsauslagen (+5,7 Punkte) und Wohnen (+ 6,0 Punkte) besonders stark ins Gewicht. Auch die Krankenkassenprämien sind mit einer Zunahme der Ungleichheit verbunden, selbst wenn der ungleichheitsmindernde Effekt der Prämienverbilligungen berücksichtigt wird. Direkte Steuern reduzieren die Einkommensungleichheit (-3,7 Punkte).

Abbildung 2: Veränderung der Einkommensungleichheit durch Einbezug der Lebenshaltungskosten

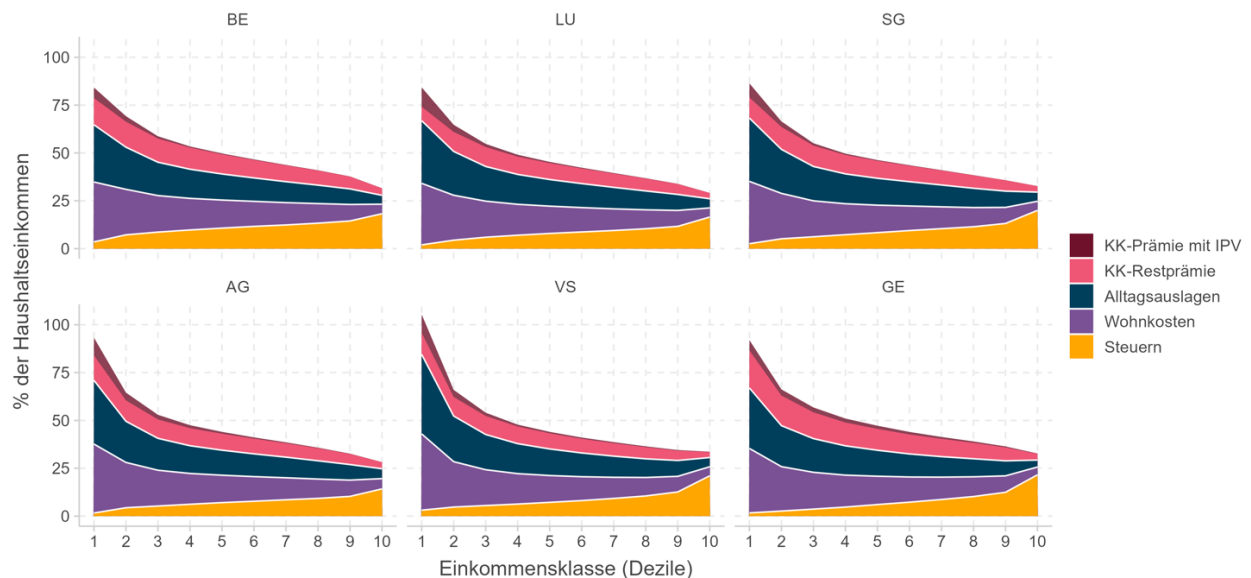


Daten: WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE) verknüpft mit weiteren Informationen, eigene Berechnungen

In einem letzten Analyseschritt werden die Unterschiede innerhalb der Schweiz untersucht. Abbildung 3 geht auf kantonale Unterschiede ein. Haushalte in den Kantonen Wallis und Genf sind etwas ungleicher

belastet. In diesen Kantonen sind die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Wohnkosten, für die einkommensschwächste Gruppe schwer zu bewältigen. Auch bei der Wirksamkeit der sozialstaatlichen Massnahmen gibt es Unterschiede. Beispielsweise wird im Kanton Luzern die einkommensschwächste Gruppe durch Prämienverbilligungen sehr gezielt entlastet. Auffallend ist zudem die erhöhte Gesamtsteuerbelastung im Kanton Bern. Im Kanton Genf hingegen belastet die Steuerprogression die höchsten Einkommensgruppen stark.

Abbildung 3: Belastung des Haushaltseinkommens durch die Lebenshaltungskosten nach Kantonen



Daten: angereicherte WiSIER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, starten die Kantone von einem jeweils anderen Niveau der Ungleichheit, aber in allen Kantonen sind in Bezug auf die Lebenshaltungskosten ähnliche Effekte auf die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen zu beobachten. Die grössten Unterschiede zwischen den Kantonen bestehen in Bezug auf die Prämienlast und die direkten Steuern. Die Krankenkassenprämien führen zu einem wesentlich stärkeren Anstieg der Ungleichheit im Kanton Genf (+4.8) als in den Kantonen Luzern (+3.1) und Wallis (+3.0). In Genf tragen Steuern zu einer stärkeren Abnahme der Einkommensungleichheit bei (-6.1) als in den zwei grossen Deutschschweizer Kantonen Aargau (-2.5) und Bern (-3.1).

Tabelle 1: Einkommensungleichheit vor und nach Lebenshaltungskosten

	Gini-Pre	Alltagsauslagen	Wohnen	Brutto-KK-Prämien	Prämienverbilligung	Steuern	Gini-Post
BE	29.2	6	6.5	4.1	-0.7	-3.1	42
LU	29.2	5.4	5.5	3.1	-0.8	-3.3	39.1
SG	28.7	6.1	6.2	3.5	-0.7	-4.1	39.8
AG	28.9	4.5	5.1	3.1	-0.8	-2.5	38.3
VS	27.6	5.9	5.8	3	-0.8	-3.9	37.6
GE	41.7	5.7	6.1	4.8	-0.9	-6.1	51.3

Schlussfolgerungen

Die Analyse der Lebenshaltungskosten ist wichtig – insbesondere in einem teuren Land wie der Schweiz. Zudem gibt es innerhalb der Schweiz erhebliche Unterschiede, insbesondere bezüglich der Wohnkosten.

So gehören Genf und Zürich zu den teuersten Städten der Welt, während das Wohnen in peripheren Gebieten deutlich günstiger ist. Schliesslich gibt es aufgrund der föderalen Struktur der Schweiz weitere kantonale Unterschiede, etwa bei den direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie der Umsetzung der Prämienverbilligung, wodurch die Einkommen der Bevölkerung gezielt ent- bzw. belastet werden.

Unsere Analysen zeigen, dass die Lebenshaltungskosten die Ungleichheit erheblich verschärfen (+10,9 Gini-Punkte). Der Hauptgrund für diesen Effekt sind die hohen Kosten für Wohnen, Krankenkassenprämien und Güter für den täglichen Bedarf, wodurch die niedrigen Einkommen im Vergleich zu den mittleren Einkommen und den Wohlhabenden überproportional belastet werden. Nach unseren Berechnungen muss das einkommensschwächste Dezil der Bevölkerung 82% ihres Einkommens für Grundbedürfnisse aufwenden. Dass Lebenshaltungskosten in der Schweiz für manche Gruppen hoch sind, wird auch dadurch veranschaulicht, dass durchschnittlichen Kosten für Alltagsauslagen, Wohnkosten und Krankenkassenprämien, von den 20% einkommensschwächsten der Bevölkerung nicht getragen werden könnten³. Im Gegensatz dazu ist das einkommensstärkste Dezil weit weniger von den notwendigen Lebenshaltungskosten belastet. Während dieses Segment einen beträchtlichen Betrag an Steuern zahlt, stellen die Ausgaben für Krankenversicherungsprämien, Wohnraum und Güter des täglichen Bedarfs nur ein geringes Problem dar, so dass ein grosser Teil ihres Einkommens zur freien Verfügung für Konsum oder Vermögensbildung steht.

Prämienverbilligungen tragen geringfügig zu einem Ausgleich bei (-0,8 Gini-Koeffizientenpunkte). Sie entlasten die einkommensschwächsten Gruppen. Dennoch überwiegt der ungleichheitsverstärkende Aspekt der Krankenversicherungsprämien (+3,7 Gini-Punkte), da mittlere und hohe Einkommensgruppen gleich viel bezahlen.

Der ausgleichende Einfluss der Steuern (-3.7 Gini-Punkte) steigt mit zunehmender Progression und fördert einen unmittelbaren wirtschaftlichen Ausgleich. Darüber hinaus sind Steuern die Grundlage öffentlicher Güter, die allen gesellschaftlichen Schichten zugutekommen. Obwohl Steuern zwar die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen verringern, ist der damit verbundene Effekt im Vergleich zu anderen Komponenten der Lebenshaltungskosten relativ gering. Die Steuerquote⁴ der Schweiz liegt mit 21,4% unterhalb des OECD-Durchschnitts (25,3%). Länder wie Dänemark (44,4%) und Schweden (34,3%) weisen deutlich höhere Steuerquoten auf (ESTV, 2021).

Unsere Analysen zeigen zudem, dass es erhebliche Unterschiede zwischen den untersuchten Kantonen gibt, sowohl was die Einkommensverteilung als auch die Lebenshaltungskosten betrifft. Im städtischen Grenzkanton Genf sind die Einkommensunterschiede deutlich grösser, was teilweise auf die urbane Natur des Kantons zurückzuführen ist. Auch die Lebenshaltungskosten sind vergleichsweise hoch, was eine zusätzliche Verschärfung der Ungleichheit mit sich bringt. Die grössten kantonalen Unterschiede sind beim Effekt der Krankenkassenprämien und den direkten Steuern zu erkennen.

Verpflichtende Kosten, welche direkt über die Haushaltseinkommen getragen werden, führen also zu einer starken Zunahme der ökonomischen Ungleichheit. In die offiziellen Ungleichheitsstatistiken des Bundes fliessen insbesondere die Auslagen für den täglichen Bedarf (Nahrungsmittel, Hygiene, Mobilität etc.) sowie die Wohnkosten nicht mit ein. Gemäss BFS (2024c) lag im Jahr 2015 die Einkommensungleichheit (abzgl. Steuern und KK-Prämien) bei 29 Gini-Punkten. In unseren Daten resultiert mit einer analogen Definition ein ähnlicher Wert von 30.5 Gini-Punkten. Ziehen wir nun aber Alltagsauslagen und Wohnkosten in die Ungleichheitsberechnung mit ein, ist allein damit eine Zunahme der Ungleichheit von 11.7 Gini-Punkten verbunden, was einer Zunahme von 38% entspricht. Würden in offiziellen Statistiken Lebenshaltungskosten umfassender einbezogen, wäre die ausgewiesene Ungleichheit also wesentlich ausgeprägter. Zudem gilt es festzuhalten, dass die eingangs erwähnten Entwicklungen am Wohnungsmarkt und der

³ Vgl. Hümbelin et al. (forthcoming)

⁴ Steuern im Verhältnis zum BIP ohne Sozialversicherungsbeiträge.

jüngste Inflationsschub, der mit einem Reallohnrückgang verbunden war, in unseren Daten nicht abgebildet sind. Heute dürften die aufgezeigten Mechanismen noch stärker wirken und die mit Lebenshaltungskosten verbundene ökonomische Ungleichheit weiter verschärft haben.

Es erstaunt entsprechend nicht, dass aktuelle politische Vorstösse auf eine allgemeine Stärkung der Kaufkraft (13-AHV-Rente) bzw. auf eine gezielte Entlastung bei grossen Kostenposten wie den Krankenkassenprämien abzielen. Konkret fordert die Prämientlastungsinitiative, dass die Krankenkassenprämien abzüglich Prämienverbilligungen nicht mehr als 10% der Haushaltseinkommen ausmachen dürfen. Diese Forderung wäre in unseren Daten einzig im Kanton Luzern bereits weitgehend erfüllt. Gemäss unseren Berechnungen wendeten im Jahr 2015 40% der Bevölkerung mehr als 10% für Prämien auf, trotz Prämienverbilligungen wohlgemerkt. Eine gezielte Ausweitung bzw. eine stärkere einkommensabhängige Finanzierung der Prämien wäre auf jeden Fall mit einer Reduktion der ökonomischen Ungleichheit verbunden.

Insgesamt zeigen die Analysen, dass Lebenshaltungskosten aus der Perspektive der Ungleichheit ein äusserst relevantes Thema sind und sowohl in der Forschung als auch in der Politik mehr Aufmerksamkeit erhalten sollten.

Bibliographie

- Albouy, D., Ehrlich, G., & Liu, Y. (2016). Housing Demand, Cost-of-Living Inequality, and the Affordability Crisis. National Bureau of Economic Research, Working Paper 22816. <https://doi.org/10.3386/w22816>
- Argente, D., & Lee, M. (2021). Cost of Living Inequality During the Great Recession. *Journal of the European Economic Association*, 19(2), 913–952. <https://doi.org/10.1093/jea/jvaa018>
- Azzoni, C. R., & Servo, L. M. S. (2002). Education, cost of living and regional wage inequality in Brazil. *Papers in Regional Science*, 81(2), 157–175. <https://doi.org/10.1007/s101100200105>
- BFS. (2023). Übersichtstabelle über das durchschnittliche Haushaltsbudget, HABE 2021. Haushaltseinkommen und -ausgaben. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/einkommen-verbrauch-vermoegen/haushaltsbudget.html>
- BFS. (2024a). Landesindex der Konsumentenpreise. Konsumentenpreise. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/preise/landesindex-konsumentenpreise.html>
- BFS. (2024b). Mietpreisindex. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/preise/mieten/index.html>
- BFS. (2024c). Umverteilung der Einkommen durch Sozialtransfers. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/wohlbefinden-armut/ungleichheit-einkommensverteilung/umverteilung-einkommen-vor-und-nach-transfers.html>
- BWO. (2023). Entwicklung Referenzzinssatz und Durchschnittszinssatz. <https://www.bwo.admin.ch/bwo/de/home/mietrecht/referenzzinssatz/entwicklung-referenzzinssatz-und-durchschnittszinssatz.html>
- ESTV. (2021). Steuerbelastung im internationalen Vergleich. <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/die-estv/steuerstatistiken-estv/steuerbelastung-schweiz/internationale-steuervergleiche.html>
- Eurostat. (2023a). Annual net earnings. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/earn_nt_net__custom_8614186/default/table?lang=en
- Eurostat. (2023b). Comparative price levels of consumer goods and services. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Comparative_price_levels_of_consumer_goods_and_services
- Hillringhaus, T., & Peichl, A. (2010). Die Messung von Armut unter Berücksichtigung regional divergierender Lebenshaltungskosten und öffentlicher Leistungen. IZA Discussion Paper No. 5344.
- Hümbelin, O., & Farys, R. (2016). The suitability of tax data to study trends in inequality: A theoretical and empirical review with tax data from Switzerland. *Research in Social Stratification and Mobility*, 44, 136–150. <https://doi.org/10.1016/j.rssm.2016.04.004>
- Hümbelin, O., & Farys, R. (2018). Income redistribution through taxation – how deductions undermine the effect of taxes. *Journal of Income Distribution*, 26(1), 1–35. <https://doi.org/10.25071/1874-6322.40330>

- Hümbelin, O., Farys, R., Jann, B., & Lehmann, O. (2021). Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz. *Social Change in Switzerland*, 28. <https://doi.org/10.22019/SC-2021-00008>
- Hümbelin, O., Farys, R., & Richard, T. (2021). Ungleichheit und Steuern—Steuerdatenbasierte Einblicke in die redistributiven Effekte des Schweizer Steuersystems. In Hümbelin, Oliver; Farys, Rudolf; Richard, Tina (2021). *Steuern und Ungleichheit. Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte: Vol. 36* (S. 191-216). Chronos. <https://arbor.bfh.ch/16155/>
- Hümbelin, O., Farys, R., Richard, T., & Jann, B. (forthcoming). Income inequality considering the cost of living—An admin-data approach studying the Swiss case. *Swiss Journal of Sociology*
- Hümbelin, O., Richard, T., Farys, R., & Jann, B. (2023). Lebenshaltungskosten und deren Auswirkungen auf die ökonomische Ungleichheit. Eine Verteilungsanalyse unter Einbezug von Administrativdaten. University of Bern Social Sciences Working Papers 47. <https://ideas.repec.org/p/bss/wpaper/47.html>
- Kröger, M., Longmuir, M., Neuhoﬀ, K., & Schuetze, F. (2022). The Costs of Natural Gas Dependency: Price Shocks, Inequality, and Public Policy. SSRN Scholarly Paper 4173113. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4173113>
- Lahiri, I. (2023, November 24). Which European countries have the highest and lowest salaries? Euronews. <https://www.euronews.com/business/2023/11/24/switzerland-and-iceland-highest-payers-across-the-eu-and-eea>
- Lampart, D., Gisler, E., Kircali, T., & Meier, S. (2023). Verteilungsbericht 2023. SGB | USS. https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/mk-cp/230109_JMK/154d__Verteilungsbericht_2023.pdf
- OECD. (2013). OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth. OECD. <https://doi.org/10.1787/9789264194830-en>
- OECD. (2022). Consumer Prices, OECD - Updated: 6 December 2022 - OECD. <https://www.oecd.org/news-room/consumer-prices-oecd-updated-6-december-2022.htm>
- Priem, M., Kritikos, A., Morales, O., & Schulze Düding, J. (2022). Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht besonders: Staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt. *DIW Wochenbericht*, 89(28), 387-394.
- Schüpbach, J., Gachet, E., Zumbühl, P., & Weber, S. (2021). Hier lebt es sich am günstigsten. Credit Suisse Research Institute.
- SSK CSI & ESTV. (2021). Das schweizerische Steuersystem. Grundzüge des schweizerischen Steuersystems. Die Steuern des Bundes. Die Steuern der Kantone und Gemeinden. Schweizerische Steuerkonferenz SSK CSI, Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV.
- Stutz, H., Stettler, P., Dubach, P., & Gerfin, M. (2018). Berechnung und Beurteilung des Grundbedarfs in den SKOS-Richtlinien. Büro BASS.
- United Nations. (2011). Canberra Group. Handbook on Household Income Statistics. United Nations.
- Wanner, P. (2019). Préparation d'une base de données sur la situation économique des personnes en âge d'activité et à l'âge de la retraite (WiSiER). 101.BSV Berichtsnummer 4/19

Schriftenreihe *Social Change in Switzerland*: vorige Ausgaben

Der Wandel der Eliten in der Schweiz

Felix Bühlmann, Marion Beetschen, Thomas David, Stéphanie Ginalski & André Mach
N°1, Juli 2015

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in der Schweiz

Ursina Kuhn & Christian Suter
N°2, Oktober 2015

Berufswünsche der Jugendlichen in der Schweiz

Lavinia Gianettoni, Carolina Carvalho Arruda, Jacques-Antoine Gauthier, Dinah Gross & Dominique Joye
N°3, November 2015

Der Wahlentscheid der Arbeiter in der Schweiz, 1971-2011

Line Rennwald & Adrian Zimmermann
N°4, Februar 2016

Soziale Mobilität in der Schweiz im 20. Jahrhundert: zwischen Demokratisierung der Bildung und Fortbestand der Klassenungleichheiten

Julie Falcon
N°5, Mai 2016

Beschäftigungs- und Lohnperspektiven nach einer Berufslehre

Mailys Korber & Daniel Oesch
N°6, Juni 2016

Frauen an der Spitze schweizerischer Großunternehmen: Eine historische Analyse der Geschlechterungleichheiten

Stéphanie Ginalski
N°7, November 2016

Schulische Ungleichheit in der Schweiz

Georges Felouzis & Samuel Charmillot
N°8, April 2017

Vom Nachkriegsboom zum Jobwunder – der starke Rückgang der Arbeitszeit in der Schweiz seit 1950

Michael Siegenthaler
N°9, Juni 2017

Erwerbstätigkeit von Müttern in der Schweiz: Entwicklung und individuelle Faktoren

Francesco Giudici & Reto Schumacher
N°10, Oktober 2017

Die Topeinkommen in der Schweiz seit 1980: Verteilung und Mobilität

Isabel Martinez
N°11, November 2017

Keine Erosion, sondern Wachstum der Mittelklasse. Der Wandel der Schweizer Berufsstruktur seit 1970

Daniel Oesch & Emily Murphy
N°12, Dezember 2017

Von der Schule ins Erwachsenenleben: Ausbildungs- und Erwerbsverläufe in der Schweiz

Thomas Meyer
N°13, April 2018

Der Übergang in die Elternschaft reaktiviert die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern: eine Analyse der Lebensläufe von Männern und Frauen in der Schweiz

René Levy
N°14, Mai 2018

Working Poor in der Schweiz: Ausmass und Mechanismen

Eric Crettaz
N°15, September 2018

Ein spektakulärer Anstieg der hochqualifizierten Zuwanderung in die Schweiz

Philippe Wanner & Ilka Steiner
N°16, Oktober 2018

Gegensätze ziehen sich nicht an – die Rolle von Bildung und Einkommen bei der Paarbildung in der Schweiz

Laura Ravazzini, Ursina Kuhn & Christian Suter
N°17, März 2019

Löhne von jungen Frauen und Männern in der Schweiz: die Ungleichheit beginnt lange vor der Familiengründung

Benita Combet & Daniel Oesch
N°18, Juni 2019

Beziehungen im Lauf der Zeit: Kartografie der persönlichen Netzwerke in der Schweiz

Gaëlle Aeby, Jacques-Antoine Gauthier & Eric D. Widmer
N°19, September 2019

Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern

Marius Brülhart
N°20, Dezember 2019

Die widersprüchlichen Absichten der Schweizer Bevölkerung in Bezug auf ihren Energieverbrauch

Mehdi Farsi, Laurent Ott & Sylvain Weber
N°21, März 2020

Die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz

Jonathan Zufferey & Philippe Wanner
N°22, Juni 2020

Die Entwicklung der Berufswünsche von jungen Frauen und Männern in der Schweiz

Irene Kriesi & Ariane Basler
N°23, Oktober 2020

Die Nachfrage nach IT-Kenntnissen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt 1990-2019

Marlis Buchmann, Helen Buchs & Ann-Sophie Gnehm
N°24, November 2020

Einstellungen zur Geschlechtergleichstellung in der Schweiz (2000-2017)

Christina Bornatici, Jacques-Antoine Gauthier & Jean-Marie Le Goff
N°25, Februar 2021

Die Entwicklung von Stress in der Schweiz – die erste Welle der Pandemie verschafft gestressten Menschen eine Pause

Hannah S. Klaas, Ursina Kuhn, Jan-Erik Refle, Marieke Voorpostel, Valérie-Anne Ryser, Nora Dasoki & Robin Tillmann
N°26, Juli 2021

Generationen abnehmenden Glaubens: Religion und Säkularisierung in der Schweiz 1930-2020

Jörg Stolz & Jeremy Senn
N°27, November 2021

Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz

Oliver Hümbelin, Rudolf Farys, Ben Jann & Olivier Lehmann
N°28, Dezember 2021

Der Einfluss von Familien- und Berufsverläufen auf das Wohlbefinden von Frauen und Männern in der Schweiz

Chiara L. Comolli, Laura Bernardi & Marieke Voorpostel
N°29, Mai 2022

Die Bildungsmobilität der Secondos in der Schweiz

Philippe Wanner
N°30, Juli 2022

Ungleiche Lebenserwartungen bei guter Gesundheit in der Schweiz seit 1990

Adrien Remund & Stéphane Cullati
N°31, Oktober 2022

Kulturverhalten in der Schweiz: Dimensionen und Entwicklungen 1976-2019

Sebastian Weingartner & Jörg Rössele
N°32, Dezember 2022

Das Ansehen von Berufen in der Schweiz

Dominique Joye, Yannick Lemel & Christof Wolf
N°33, Februar 2023

Die Entwicklung der Parteibindungen in der Schweiz 1971-2019

Anke Tresch, Line Rennwald & Lukas Lauener
N°34, Juli 2023

Bildungsmobilität von Frauen und Männern in der Schweiz

Richard Nennstiel & Rolf Becker
N°35, November 2023

Die Regularisierung der Sans-Papiers im Kanton Genf

Giovanni Ferro-Luzzi, Jan-Erik Refle, Claudine Burton-Jeangros & Yves Jackson
N°36, Dezember 2023